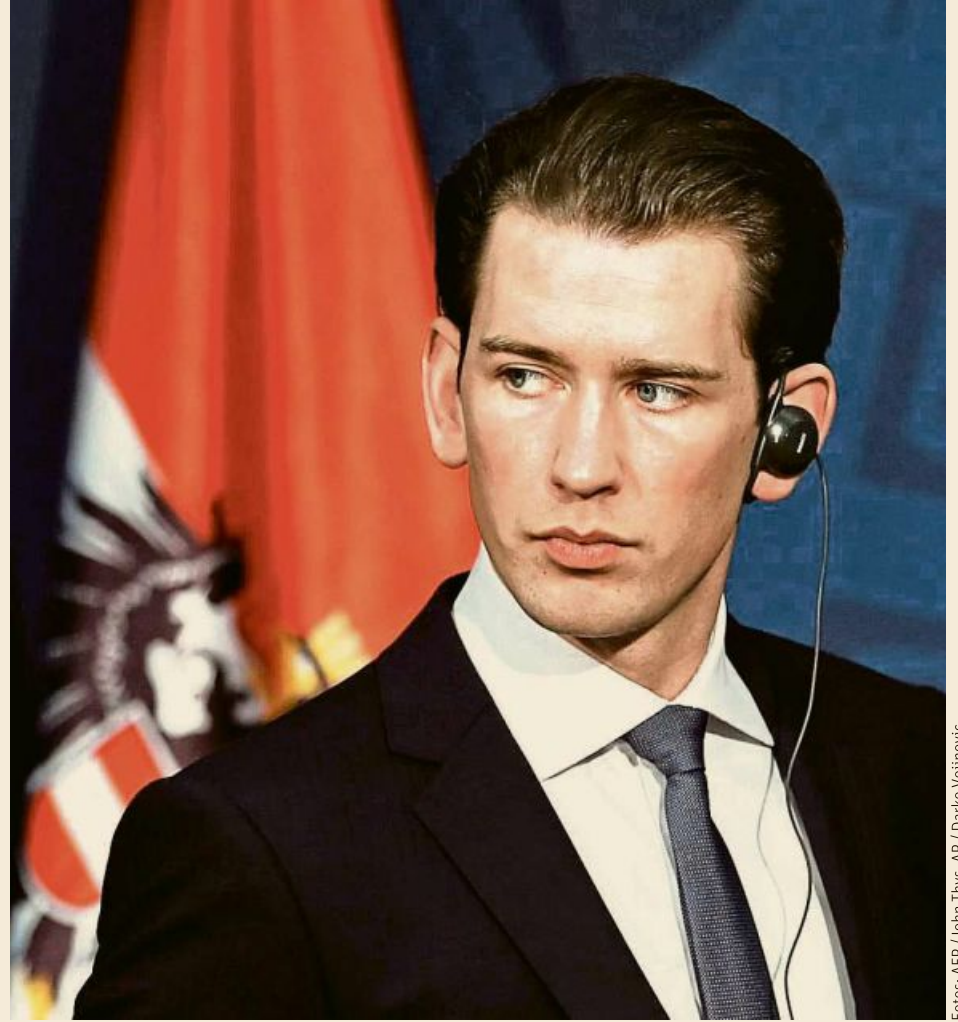


## Wie SPÖ und ÖVP bei Europathemen nach rechts rücken



Der rote Kanzler Christian Kern und die schwarze Zukunftshoffnung Sebastian Kurz legen beide einen EU-kritischeren Zugang an den Tag als ihre Vorgänger.

## „Regierung geriert sich als FPÖ light“

Gerald John  
Günther Oswald

Christian Kern ist kein Europafeind, Sebastian Kurz natürlich auch nicht. Der rote Bundeskanzler und der schwarze Außenminister prägen aber einen neuen Kurs in der Europapolitik. Bevorzugung bereits in Österreich lebender Arbeitskräfte, Schranken für den Zugang zum Arbeitsmarkt, niedrigere Familienbeihilfe für Kinder im EU-Ausland: Töne, die man lange nur von den Freiheitlichen gehört hat.

„Heinz-Christian Strache kann zu Recht sagen: Die schauen bei mir ab, was sie tun sollen“, konstatiert der Politologe Anton Pelinka: „Die Regierung gibt den Anspruch auf, Musterschüler in der EU zu sein, und geriert sich als FPÖ light.“ Sein Kollege Peter Filzmaier spricht vom „Modell Landeshauptleute“, das sich von Tirol über Kärnten bis zum Burgenland bewährt habe. Frei nach dem Motto: „In Brüssel bin ich Europäer, sobald das Flugzeug zu Hause gelandet ist, bin ich vom Nationalstolz geprägt.“

„Es gibt eine Tendenz weg von europäischer Solidarität hin zu nationalem Egoismus“, urteilt Hannes Swoboda, Exchef der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament: „Und die reicht leider auch in die SPÖ hinein.“

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sei es zwar legitim, über gewisse Grenzen nachzudenken, sagt der rote Veteran der Europapolitik, doch der europäische Gedanke falle vollends unter den Tisch: „Auch die SPÖ traut sich nicht mehr zu sagen, dass Österreich von Altenbetreuerinnen und anderen ausländischen Kräften profitiert. Ich finde das traurig.“

Einspruch gab es auch auf schwarzer Seite. Othmar Karas, Delegationsleiter der ÖVP im EU-Parlament lieferte sich via Twitter zuletzt ein argumentatives Match mit Kurz. Der glühende EU-Anhänger warnte vor einer Diskriminierung von EU-Bürgern und vor Neiddebatten, erklärte den Konflikt kurz darauf aber für beendet. Auf Anfrage wollte sich Karas nun nicht mehr zu Wort melden.

In Wirtschaftskreis und Industriekreisen kommt ein EU-kritischer

### Kürzung der Familienbeihilfe, Schranken für EU-Bürger am Arbeitsmarkt: Nimmt die Regierung in der Europapolitik einen Kurswechsel auf blauen Spuren vor?

Kurs zwar grundsätzlich nicht wahnsinnig gut an, die schwarze Zukunftshoffnung Kurz ist aber auch dort äußerst gut angeschrieben – und von Maßnahmen gegen Lohndumping, die Österreich bereits Klagsdrohungen aus Slowenien eingebracht haben (siehe unten), profitieren schließlich auch die heimischen Betriebe.

#### National handeln

Ein Verrat an Europa also? Jörg Leichtfried reicht den Vorwurf weiter. Slowenien, Ungarn, Polen, die Slowakei und andere Staaten im Osten verhielten sich, als gäbe es „eine doppelte Mitgliedschaft“, sagt der Verkehrsminister, der gemeinsam mit Altkanzler Franz Vranitzky an einem neuen Europa-programm für die SPÖ schreibt: „Gibt es etwas zu holen, sind sie dabei, ist Solidarität gefragt, verabschieden sie sich.“ Das reiche von der Unterwanderung heimischer Sozialstandards durch entsendete

Arbeitskräfte bis zum Ignorieren von Vorschriften im Güterverkehr: „Wenn sich osteuropäische Spediteure nicht an Fahrzeiten halten müssen, haben unsere Firmen einen Wettbewerbsnachteil.“

Österreich bemühe sich ja um EU-weite Regelungen, sagt Leichtfried, doch die Oststaaten blockierten: „Deshalb müssen wir national handeln. Das ist nur verantwortungsbewusst.“ Jüngster Schritt: Kern fordert, jenen Staaten EU-Gelder zu streichen, die sich gegen eine faire Aufteilung der Flüchtlinge wehren.

Ein Kurswechsel sei das nicht, sagt Leichtfried, sondern „Politik, die realistischer an die Interessen der Menschen anknüpft“. Das gelte gerade für die Sorge Nummer eins: „Wir können nicht ewig Arbeitslosigkeit importieren.“

Die SPÖ halte mehr denn je das europäische Prinzip hoch, findet auch Evelyn Regner, Fraktionsführerin der SPÖ im EU-Parlament.

Vom Kampf für gleiche Löhne am gleichen Ort profitiere genauso der estnische oder slowakische Arbeiter, und auch der Beschäftigungsbonus stabilisiere die Einkommen aller, indem der „Verdrängungswettbewerb“ durch billigere Kräfte von außen gebremst werde.

„Ziel ist, die sozialen Unterschiede in der EU einzuebnen“, sagt Regner. Warum die Regierung dann die Familienbeihilfe für Kinder im Osten kürzen will? Das versteht die Parlamentarierin auch nicht: „Die Indexierung ist nichts anderes als der Ausfluss einer Neiddebatte.“ In der Koalition trägt die SPÖ das schwarze Vorhaben dennoch mit.

Für thematischen Nachschub dürfte gesorgt sein. Kurz hat seine Experten beauftragt, Reformvorschläge für die Union auszuarbeiten. Ein paar schlagzeilentaugliche Ideen, die während der EU-Präsidentschaft 2018 forciert werden sollen, hat er bereits angedeutet: Es brauche eine Verkleinerung

der EU-Kommission und weniger Kompetenzen für Brüssel.

Warum das alles passiert, bringt Heidi Glück in einem Satz auf den Punkt: „Das ist die Vorbereitung auf den nächsten Wahlkampf“, sagt die Politikberaterin und langjährige Sprecherin von Exbundeskanzler Wolfgang Schüssel.

Politologe Pelinka warnt freilich vor den Folgen: Aus Sicht der Koalitionäre, die nicht europaweit, sondern in Österreich gewählt werden, sei der „taktisch motivierte Kurswechsel“ ja nachvollziehbar, sagt er, „doch denken alle Regierungen so, geht Europa zugrunde“. Die Berufung auf die mangelnde Solidarität im Osten bedeute: „Man macht die Politik von Orbán und Co zur eigenen Richtschnur.“

Längerfristig sieht auch Filzmaier die Gefahr, dass sich andere Staaten revanieren könnten – nur: „Bis zur nächsten Wahl, egal ob sie heuer oder 2018 stattfindet, kann das schon funktionieren.“ Aus strategischer Sicht sei es für Rot-Schwarz jedenfalls gescheiter, „sich einen scheinbaren Gegner von außen aufzubauen, als sich intern zu bekriegen“.

#### Aus VdBs Sieg nicht gelernt

Aber werden EU-skeptische Bürger am Ende nicht doch wieder das blaue Original wählen? Pelinka hält das für gut möglich. Er attestiert der Regierung eine „erstaunliche Lernverweigerung“ in Hinblick auf das Beispiel der Präsidentschaftswahl, bei der eine breite Allianz mit Hinweisen auf die Bedeutung Europas Alexander Van der Bellen zum Sieg verhalf: „Und jetzt tun SPÖ und ÖVP so, als wäre die FPÖ unschlagbar.“

Heidi Glück bringt eine andere, für die Regierungsparteien optimistischere Sicht der Dinge ein: Indem SPÖ und ÖVP das Europathema besetzen und auch konkrete Maßnahmen vorlegen, „bringen sie die FPÖ, die nichts umsetzen kann, in die Defensive“. Kurz, der hohe Beliebtheitswerte aufweist, werde als „Europaminister“ wahrgenommen, mit dem Thema Schutz des Arbeitsmarktes konzentriere man sich auf ein „sehr emotionales Thema“. Glück: „Die Frage, wer der Schmied und wer der Schmiedel ist, ist dann nicht mehr so eindeutig.“ **Kommentar Seite 34**

#### WISSEN

### Umstrittene Punkte zwischen Österreich und den anderen EU-Staaten

Im Zuge des überarbeiteten Regierungsprogramms haben sich SPÖ und ÖVP auf Maßnahmen verständigt, die aus europapolitischer und -rechtlicher Sicht nicht unumstritten sind:

■ **Beschäftigungsbonus** Ab 1. Juli sollen Unternehmen gefördert werden, wenn sie ihren Mitarbeiterstand gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Sie bekommen dann die Hälfte der Lohnnebenkosten erstattet – allerdings nur für Arbeitskräfte, die bereits im Land sind oder mittels Rot-Weiß-Rot-Karte aus Drittstaaten nach Österreich kommen. Wer also neue Mitarbeiter aus anderen EU-Staaten anstellt, käme nicht in den Genuss dieser Förderung. Aus Bayern und Ungarn gab es für das Vorhaben bereits heftige Kritik.

■ **Familienbeihilfe** Auf Drängen der ÖVP soll die Familienbeihilfe adaptiert werden. Bei EU-Arbeitskräften, deren Kinder im Ausland leben, soll die Höhe an das Preisniveau des Herkunftslandes angepasst werden. Über Details wird zwar noch verhandelt, im Prinzip hat aber die SPÖ ihre Zustimmung signalisiert. Ungarn, das am stärksten betroffen wäre, hat in Person von Premier Viktor Orbán bereits Widerstand gegen die Maßnahme angekündigt.

■ **Arbeitsmarktprüfung** Gemeinsam wollen sich SPÖ und ÖVP in Brüssel für die Wiedereinführung von Arbeitsmarktprüfungen einsetzen. Nur wenn sich für eine offene Stelle kein beim AMS gemeldeter Arbeitsloser findet, sollen demnach EU-Aus-

länder genommen werden dürfen. Auch bei diesem Punkt dürfte die Ablehnung der osteuropäischen Staaten vorprogrammiert sein.

■ **Lohndumping:** Bereits seit Jahresbeginn ist das neue Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping in Kraft. Slowenische Unternehmen haben bereits eine Klage angekündigt, auch das slowenische Parlament plant Aktionen. Worum geht es? Im Baubereich wurde die Auftraggeberhaftung ausgeweitet. Werden ausländische Bauarbeiter zu gering entlohnt, haftet der österreichische Auftraggeber dafür. Die Slowenen sehen ihre Betriebe dadurch diskriminiert und befürchten, dass weniger Aufträge an ausländische Unternehmen gehen könnten. (red)